

Eisenacher Erklärung

DFWR fordert Kurswechsel in der europäischen und nationalen Waldpolitik

Die Klimakrise trifft unsere Wälder in Deutschland und Europa hart. Die Schäden sind dramatisch. Volkswirtschaftliche Werte, aber auch ökologische Schätze sind binnen weniger Jahre verloren gegangen. Dies belastet nicht nur die Gesellschaft insgesamt, sondern insbesondere die zwei Millionen Waldbesitzenden. Sie tragen nun zusätzlich die Verantwortung für die notwendige Wiederaufforstung und den Umbau hin zu stabilen, vielfältigen und leistungsfähigen Wäldern – die Grundlage für die Lebensqualität kommender Generationen. Die europäische Forst- und Holzwirtschaft generiert eine Bruttowertschöpfung von über einer Billion Euro und beschäftigt mehr als 17,5 Millionen Menschen. Das entspricht rund jedem 16. Arbeitsplatz innerhalb der EU. Daher ist es unerlässlich, dass die Politik denjenigen, die mit großem Engagement die Wälder pflegen und erhalten, alle erforderlichen Hilfen gewährt, anstatt ihnen durch den Aufbau neuer, überflüssiger Bürokratie Steine in den Weg zu legen. Gerade in dieser kritischen Phase für die Wälder droht jedoch sowohl aus Brüssel als auch aus Berlin eine zunehmende Regulierung. Für die Zukunft unserer Wälder ist daher ein Kurswechsel der Politik dringend erforderlich.

Der DFWR richtet daher folgende Forderungen an die politischen Entscheidungsträger in Brüssel und Berlin:

- Bei Gesetzgebungsprozessen in Brüssel und Berlin muss das **Subsidiaritätsprinzip** gewahrt und die Freiheit sowie Selbstbestimmung der Regionen stets berücksichtigt und gefördert werden. Die Vielfalt der europäischen Wälder erfordert, dass Regelungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene getroffen werden, um den Anforderungen des Klimawandels und gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.
- Die **EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR)** mit überbordenden bürokratischen Auflagen muss grundlegend überarbeitet und praxisgerecht ausgestaltet werden. Die Holznutzung in Deutschland führt erwiesenermaßen nicht zu einer Entwaldung. Falls auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten nachgewiesen wird, dass es in den vergangenen zehn Jahren nicht zu einer Entwaldung gekommen ist, muss auf die Dokumentationspflichten für einzelne Waldbesitzende verzichtet werden.
- Wir lehnen ein Bundeswaldgesetz ab, das eine aktive Klimaanpassung und die Pflege der Wälder eher ausbremst als fördert. Das laufende Vorhaben einer **Bundeswaldgesetznovelle** sollte in der bisherigen Form und Ausrichtung nicht weiterverfolgt werden, da die Gesetzgebungskompetenz den Ländern ausreichende Regelungsmöglichkeiten für die forstwirtschaftliche Bewirtschaftung gibt. Darüber hinaus sind rund 80 Prozent der Waldfläche freiwillig nach hohen Standards zertifiziert.
- Die dringend benötigten **Finanzmittel** für Wiederbewaldung und Waldumbau sowie für die angewandte Waldforschung müssen dauerhaft und verlässlich bereitgestellt werden. Jede Kürzung der Mittel ist eine Katastrophe für unsere Wälder und die Forstwirtschaft sowie ein Vertrauensbruch gegenüber den Waldbesitzenden.
- Die **Zuständigkeit für Waldpolitik und Forstwirtschaft** muss zukünftig umfassend beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) verantwortet werden.

Wir brauchen eine europäische und nationale Waldpolitik, die allen im Wald wirtschaftenden Menschen Vertrauen entgegenbringt, unsere Waldbesitzenden bei der Wiederaufforstung und Pflege ihrer Wälder unterstützt und sie nicht durch immer neue überzogene Vorgaben gängelt. Diese Politik muss auf eine zukunftsfähige multifunktionale Forstwirtschaft auf Basis forstwissenschaftlicher Erkenntnisse ausgerichtet sein und sich nicht an Partikularinteressen orientieren. Nur so garantieren wir die Vielfalt der Wald-Ökosystemleistungen und damit eine lebenswerte Heimat, sichern Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfungsketten sowie die Versorgung mit dem ökologischsten aller Rohstoffe – Holz.